

# Zwölf unter Hochspannung

**Köniz und elf Schweizer Gemeinden** kämpfen in einer Interessengemeinschaft für unterirdische Stromleitungen

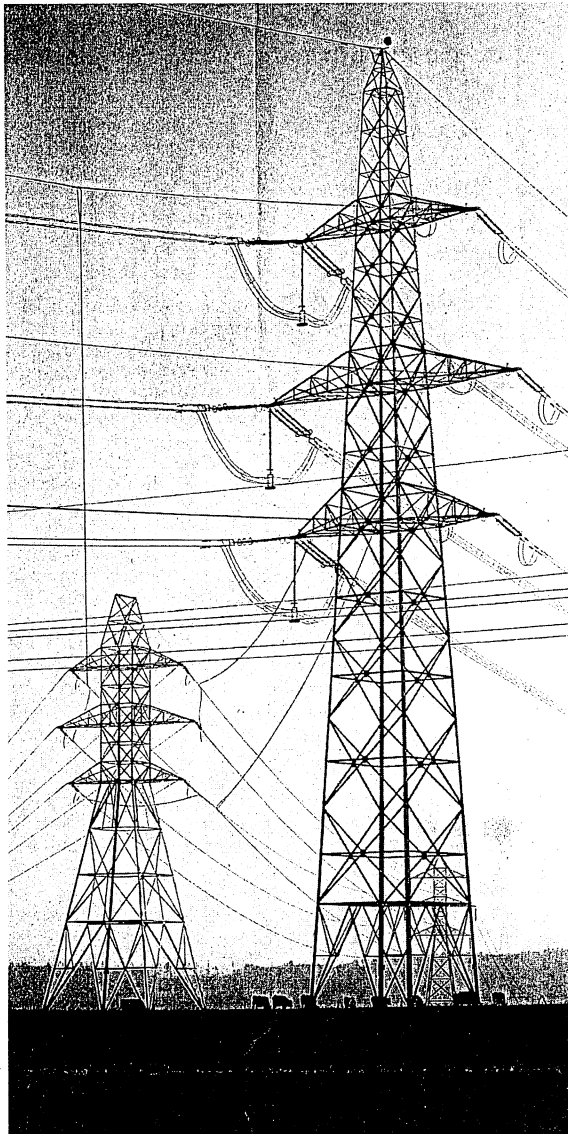
Zwölf Gemeinden haben die Interessengemeinschaft «Hochspannung unter den Boden» gegründet. Mit dabei: Köniz, Oberbalm, Rüeggisberg und Rümliigen, die sich seit Jahren gegen den Bau der geplanten Hochspannungsleitung zwischen Wattenwil und Mühleberg wehren.

ANNE-CAREEN STOLTZE

«Nun können wir auf nationaler Ebene für die unterirdische Verlegung von Hochspannungskabeln kämpfen», sagte Katrin Sedlmayer (sp), Könizer Gemeinderätin, gestern dem «Bund». Zuvor hatte die Gemeinde Köniz mitgeteilt, dass sie zusammen mit elf Schweizer Gemeinden die Interessengemeinschaft «Hochspannung unter den Boden» gegründet habe. Das Ziel: «gemeinsam den Widerstand gegen die heute veraltete Technologie koordinieren sowie die Bevölkerung und Landschaft vor schädlichen Auswirkungen der Hochspannungsleitungen schützen».

## «Schweizweite Initiative»

Auf diese Richtung habe man sich Ende August festgelegt, sagte Sedlmayer, die als Sprecherin für die Deutschschweiz fungiert. Konkret heisst das: «Nun könnten wir eine schweizweite Initiative gegen Hochspannungsleitungen lancieren.» Nötig seien dazu 150 000 Unterschriften, die die IG beim Bund einreichen kann, der das Thema dann behandeln müsse. Bislang engagieren sich Niedermuhlern, Oberbalm, Rüeggisberg, Rümliigen im Kanton Bern, das Zürcher Langnau am Albis, die Freiburger Gemeinden Léchelles, Misery-Courtion, Villarepos, das waadtländische Oleyres, die Walliser Gemeinden



**Hochspannungsleitungen** sollen künftig unterirdisch verlegt werden – dafür setzen sich Köniz und elf weitere Gemeinden ein. VALÉRIE CHÉTELAT.

Salins und Turtmann sowie die «Association Stopelectromog» und «Association sauvegarde des co-teaux valaisans».

## Widerstand gegen BKW-Trasse

In den betreffenden Gemeinden läuft jeweils ein Projekt zum Bau einer Hochspannungsleitung. Beispiel Köniz: Die Gemeinde wehrt sich seit Jahren gegen die geplante Hochspannungsleitung, die die BKW Energie AG zwischen Wattenwil und Mühleberg bauen will. «Wir halten auch weiterhin an unserer Einsprache fest», sagte Sedlmayer. Durch die Gründung der IG habe man auf der politischen Ebene mehr Möglichkeiten, gegen die geplante Hochspannungsleitung anzugehen. Auch die Gemeinden, die am künftigen Trasseeliegen, haben Einsprache erhoben und gehören teilweise der neu gegründeten IG an.

## Entscheid steht aus

Klar ist, dass das Bewilligungsverfahren für den Leitungsabschnitt Gasel-Wattenwil noch dauert. Dieser werde bis Ende Oktober geprüft, sagte Urs Huber, Leiter Planvorlagen beim Eidgenössischen Starkstrominspektorat (Esti). Anschliessend werde der Bericht an das Bundesamt für Energie (BFE) geschickt. «Die Entscheidungsfindung kann Monate dauern», sagte BFE-Mediensprecherin Marianne Zünd. Bereits abgeschlossen ist die Prüfung des ersten Abschnitts Mühleberg-Gasel. Das Dossier liegt beim BFE: «Der Sachverhalt wird noch geprüft», sagt Zünd.

## Einwände der Einsprecher

Zusammengefasst bemängeln die Einsprecher: dass wegen der Leitung gesundheitliche Beeinträchtigungen der Anwohner zu befürchten seien; dass die Leitung mit ihren bis zu 80 Meter hohen Masten eine Landschaft zerstören würde.

die gemäss Bundesinventar (BLN) nationale Bedeutung aufweist; und dass die BKW eine Verlegung der Leitung unter den Boden nicht richtig geprüft hätten. Die Gegner fordern stattdessen, die geplante Hochspannungsleitung im Boden zu verlegen. Dafür gebe es zwei Möglichkeiten, wobei Köniz laut Sedlmayer für die «Variante kunststoffisolierte Leitung» sei. Als Vorteile nennt sie zudem: geringere Störanfälligkeit und weniger elektromagnetische Strahlung.

## Das sagen die BKW

Die BKW lehnen die unterirdische Verlegung generell ab. Der bernische Stromproduzent reagierte gestern auf die Nachricht der IG mit einer Stellungnahme. Darin führen die BKW die Nachteile von unterirdischen Hochspannungsleitungen auf. Die Störungsbehebung sei wegen der Störungsortung und Zugänglichkeit teurer und dauere länger, wodurch die Versorgungssicherheit gefährdet werde. Auch seien erhebliche unterirdische Bauten und massive Eingriffe in die Natur nötig, heisst es. Erdkabel beanspruchten rund sieben Mal mehr Bodenfläche als Freileitungen, beeinflussten oberflächennahe Grundwasserströme, was zu Trockenschäden in der Landwirtschaft führe. Die Strahlung bliebe überdies unverändert.

## «Präzedenzfall verhindern»

«Die Gespräche mit den BKW fruchteten nichts», resümiert Sedlmayer. Die Elektrizitätsgesellschaften seien jeweils nur daran interessiert, «einen Präzedenzfall um jeden Preis zu verhindern». Sedlmayer zitiert dafür den Fall der Gemeinde Baar im Kanton Zug, wo sich Gemeinde und Kanton bereit erklärt haben, sich finanziell an der unterirdischen Verlegung zu beteiligen. «Doch der Stromproduzent lehnte dies ab».